



Alternative für Deutschland – Kreistagsfraktion Bergstraße

An den Vorsitzenden
des Kreistages Bergstraße
Herrn Gottfried Schneider
Gräffstraße 5

64646 Heppenheim

Ampèrestraße 1B
64625 Bensheim
Tel. 06251 787793
Mobil 015221640360
rolf.kahnt@afd-hessen.de
www.afd-bergstrasse.de

Eingang FB Kreisgremien:

18.08.2017

18.08.2017

Antrag zur Sicherstellung und Förderung von mehr bezahlbarem Wohnraum in den Kommunen des Kreises Bergstraße

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

die Fraktion der Alternative für Deutschland (AfD) stellt nachstehenden Antrag.

Der Kreistag Bergstraße möge beschließen:

Ähnlich wie NOVO der Sicherstellung der wohnortnahen Gesundheitsversorgung dienen soll, ist ein Netzwerk zur Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum (NBBW) im Landkreis zu aktivieren.

Die Fraktion der AfD ist sich bewusst, dass sowohl die Sicherstellung einer wohnortnahen Gesundheitsversorgung, als auch die Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum keine originären Kreisaufgaben sind.

Dennoch ist vor dem Hintergrund wachsender Engpässe beim Wohnraumangebot im Ried und an der Bergstraße eine Initiative erforderlich. Diese Initiative darf sich nicht in unverbindlichen und ergebnislosen Gesprächen zwischen den Bürgermeistern der Kommunen und der Kreisverwaltung erschöpfen, sondern es muss eine Struktur entstehen mit konkreten Zielformulierungen, und getragen von einer vertraglichen Vereinbarung zwischen den teilnehmenden Kommunen des Landkreises und der Kreisverwaltung, aber ohne eine neue Geschäftsstelle zu errichten (siehe NOVO).

Die Förderung zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum soll sich nicht auf den Bau von Wohnungen mit sozialer Bindung beschränken, sondern auch der private Wohnungsbau zur Bildung von Eigentum ist zu fördern.

Die Kreisverwaltung kann finanzielle und planerische Impulse geben, indem sie

- Die Kommunen bei der Erschließung und Ausweisung von Baugrund unterstützt
- Den Planungsprozess (Bauleitplanung) hilft, zu verkürzen
- Sich für eine deutliche Senkung der Grunderwerbssteuer (Landessteuer) einsetzt ggf. die vom Land erhobene Steuer rückerstattet

- Finanzielle Zuwendungen an Kommunen gibt, die sich bereit erklären, Baugebiete zu erschließen
- Planungskosten der Kommunen oder Kosten für den Erwerb von Flächen übernimmt, damit der QM-Preis der Grundstücke auf einem erträglichen Niveau gehalten werden kann

Begründung:

Das Institut für Wohnen und Umwelt aus Darmstadt hat datiert auf den 20.05.2016 eine Wohnungsbedarfsprognose für alle hessischen Landkreise und kreisfreien Städte im Auftrage des hessischen Ministeriums für Umwelt, Klima, Landwirtschaft und Verbraucherschutz erstellt. Aus dieser Prognose geht hervor, dass für die Jahre 2014 – 2020 jährliche Bedarfe in Höhe von 1300 neu zu bauenden Wohneinheiten vorhanden sind.

Auch für die Jahre 2021 – 2040 ist ein Nettobedarf prognostiziert.

Immer mehr Wohnungen mit Sozialbindungen werden in den kommenden Jahren in den freien Markt entlassen.

Die Nachfrage nach Wohnungen (sowohl sozial gefördert, als auch auf dem freien Wohnungsmarkt) ist deutlich höher als das Angebot.

Junge Familien können sich vielerorts keine ausreichend große Wohnung leisten.

Die sogenannte gesetzliche Vorgabe zur Deckelung der Mieten (Mietpreisbremse) funktioniert nicht.

Mieter oder Käufer, die an der Bergstraße oder im Ried vergeblich nach Wohnraum suchen, wandern zunehmend in den Odenwald ab, und nehmen notgedrungen lange Anfahrtswege zu ihrer Arbeitsstelle in Kauf.

Mit freundlichen Grüßen,
für die Fraktion der AfD



Rolf Kahnt
Fraktionsvorsitzender